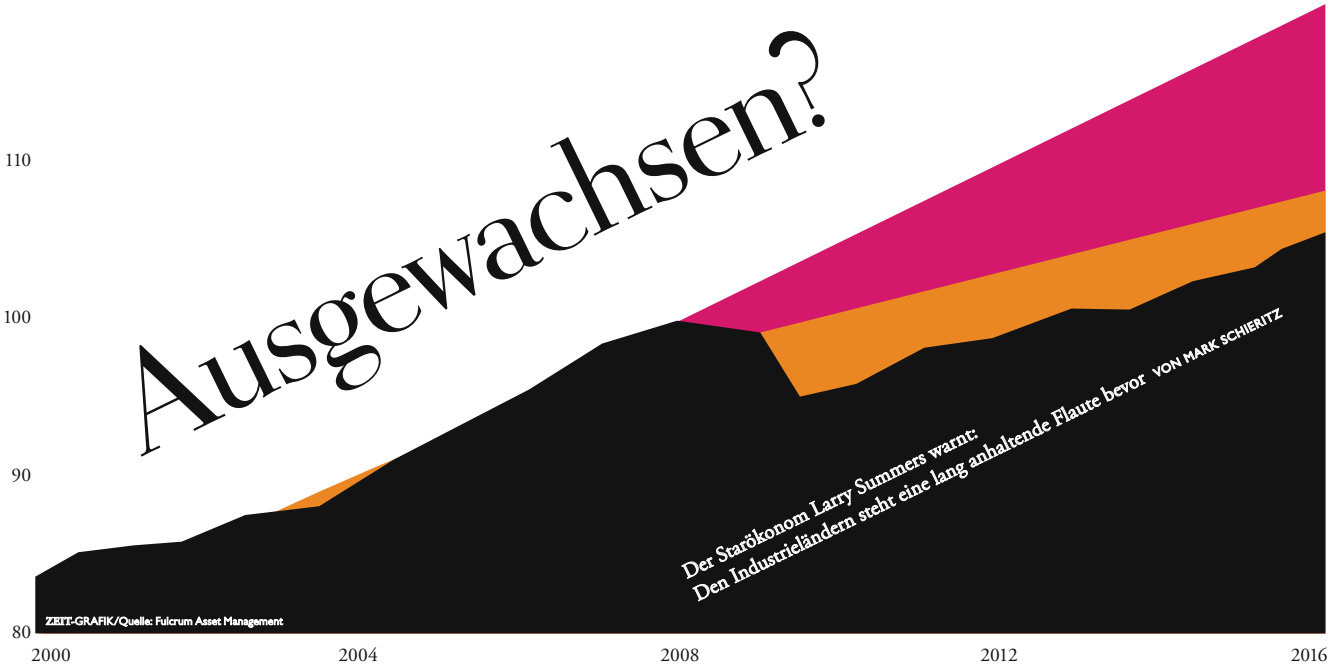
Ausgewachsen?



Das tatsächliche Wachstum (schwarze Linie) in den Industriestaaten bleibt hinter dem langjährigen Trend (rosa Linie) zurück. Einige Experten glauben, dass die Krise die Wachstumskräfte beeinträchtigt hat und die Wirtschaft nicht mehr so schnell zulegen kann wie früher (orangefarbene Linie). Auch dieses Niveau wird aber nicht erreicht.

VON MARK SCHIERITZ

In den ersten Monaten der Präsidentschaft von Bill Clinton erhielt eine Gruppe amerikanischer Ökonomen den Auftrag, sich die Lage in Japan genauer anzusehen. Das Land war damals, in den frühen neunziger Jahren, nach einem steilen Aufschwung in eine schwere Krise gerutscht. Einer der Experten war Larry Summers, ein aufstrebender Volkswirt, der bereits mit 29 Jahren zum Professor an der Harvard-Universität ernannt worden war. Summers und seine Leute machten sich an die Arbeit. Sie sagten voraus, dass sich die japanische Konjunktur bald wieder erholen werde – und lagen komplett daneben: Die Wirtschaftsleistung des Landes ist heute nur etwa halb so hoch wie prognostiziert.

Summers, der zum Finanzminister aufstieg und heute wieder in Harvard lehrt, hat diese Anekdote vor zwei Wochen auf einer Forschungskonferenz des Internationalen Währungsfonds erzählt. Sein sechzehnminütiger Vortrag verbreitete sich in Windeseile im Internet und elektrisiert seither Ökonomen und Wirtschaftspolitiker in aller Welt. Denn Summers glaubt, dass dem Westen das Schicksal Japans droht: Jahrzehnte der Stagnation.

Um den Wirbel zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass das westliche Wirtschaftsmodell auf immerwährendes Wachstum ausgelegt ist. Wachstum, um neue Jobs für die Arbeitnehmer zu schaffen, deren Stellen dem technischen Fortschritt zum Opfer fallen. Wachstum, damit immer weniger Junge die Rente für immer mehr Alte erwirtschaften können. Wachstum, um die Schulden bedienen zu können. Ohne Wachstum hat die Welt, so wie sie heute organisiert ist, ein ernstes Problem.

Und Summers zufolge hat sie dieses Problem schon ziemlich lange. Denn bei näherem Hinsehen komme die Wirtschaft in den großen Industrienationen schon seit über zwanzig Jahren nicht mehr recht vom Fleck. Zwar ging es bis zum Ausbruch der Krise im Jahr 2008 beispielsweise in den USA zum Teil kräftig aufwärts – doch das lag vor allem daran, dass die Wirtschaft von Exzessen am Immobilienmarkt befeuert wurde. Und einige Jahre vorher hatten sich die Amerikaner mit Technologieaktien verspekuliert.

Es wird zu viel gespart und zu wenig investiert

Die jüngste Wirtschaftsgeschichte lässt sich demnach als eine Abfolge von immer neuen Spekulationsblasen beschreiben. Die Löhne der Arbeitnehmer dagegen stiegen, anders als in früheren Aufschwungphasen, kaum, und auch die Produktion in der Industrie blieb hinter ihren Möglichkeiten zurück. Die Zeiten eines gesunden Wachstums seien »eine Weile her«, sagt Summers.

Das liegt seiner Ansicht nach daran, dass zu viel gespart und zu wenig investiert wird. Normalerweise sorgt der Zins dafür, dass sich Ersparnisse und Investitionen ausgleichen. Wenn die Menschen etwa während einer Krise sehr viel sparen, leidet zunächst einmal der Konsum. Doch weil dann jede Menge Spargeld auf den Markt gelangt, sinkt der Preis des Geldes, der Zins. Damit können sich die Unternehmen günstiger finanzieren. Deshalb rechnen sich nun auch Investitionsprojekte, die bei höheren Zinsen nicht rentabel gewesen wären. Die Wirtschaft wächst wieder schneller.

Das Problem: Es gibt eine Grenze für den Zins. Er kann nicht nennenswert unter die Nullmarke fallen. Wenn die Banken versuchen würden, die Ersparnisse auf den Konten ihrer Kunden monatlich um einen signifikanten Betrag zu kürzen, würden die Menschen einfach mehr Bargeld halten, dessen Wert erhalten bliebe.

Summers beruft sich auf den Ökonomen Alvin Hansen, der bereits in den dreißiger Jahren eine drohende »säkulare Stagnation« der Wirtschaft vorhergesagt hatte: Die Unternehmen investierten weniger, weil sie wegen des rückläufigen Wachstums der Bevölkerung weniger Güter absetzen könnten und die Zeit der großen technologische Neuerungen vorbei sei. Um die Firmen dazu zu bewegen, mehr Geld auszugeben und so Ersparnisse und Investitionen in Einklang zu bringen, müsse der Zins deutlich unter die Nullgrenze fallen. Weil das nicht gehe, lägen die Ersparnisse brach. Daher stagniere die Wirtschaft.

Tatsächlich wurde in den Industrienationen in den vergangenen Jahren immer weniger investiert. Die Firmen horten Cash, statt neue Maschinen anzuschaffen. Allein Apple sitzt auf fast 150 Milliarden Dollar an Barreserven. Selbst in Deutschland, wo die Wirtschaft vergleichsweise gut dasteht, ist der Anteil der Investitionen an der Wirtschaftsleistung von fast 30 Prozent im Jahr 1980 auf zuletzt 17 Prozent gefallen. Und auch fünf Jahre nach Ausbruch der Krise liegt das Wachstum in den meisten Staaten deutlich unter den früher üblichen Niveaus.

Ohne Finanzblasen gibt es keine Vollbeschäftigung mehr

Die Exzesse an den Finanzmärkten sind nach Ansicht der Stagnationspropheten kein Zufallsprodukt – sondern der verzweifelte Versuch, in einem solchen Umfeld irgendwie noch »so etwas wie Vollbeschäftigung zu erreichen«, wie es der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman formuliert. In der Stagnationsfalle gelten die Gesetzmäßigkeiten soliden Wirtschaftens nicht mehr: Jede Art des Geldausgebens sichert Jobs, auch wenn es sich nach normalen Maßstäben um Verschwendung handelt.

Die modernen Wachstumsskeptiker können sich auf eine lange Tradition berufen. Schon im 19. Jahrhundert argumentierten Denker wie der Brite Thomas Malthus, dass die Endlichkeit der Ressourcen dem Wachstum Grenzen setzt. Im Jahr 1972 veröffentlichte der Club of Rome seine berühmte Studie, wonach die Rohstoffvorräte noch vor 2100 erschöpft seien. Und der Ökonom John Maynard Keynes vermutete, dass das Wachstum irgendwann von selbst zurückgehen würde, weil die materiellen Bedürfnisse der Menschen weitgehend befriedigt wären.

Das Problem mit solchen Vorhersagen ist, dass sie bislang immer den technischen Fortschritt unterschätzten. Der ermöglicht es den Unternehmen, ressourcenschonender zu produzieren, und er weckt neue Bedürfnisse bei den Kunden.

Summers unterscheidet sich allerdings in einem wichtigen Punkt von seinen Vorgängern. Er glaubt, dass sich die Wachstumskrise politisch zumindest abmildern lässt, wenn es gelingt, die Ersparnisse wieder in Investitionen zu verwandeln. Die Auswege aus der Misere sind allerdings allesamt radikal: Einer bestünde darin, Bargeld abzuschaffen. Dann müssten die Menschen zumindest die Ersparnisse für den täglichen Bedarf auf der Bank lagern (und per Kreditkarte zahlen) – und die Notenbanken könnten die Zinsen problemlos unter die Nullmarke drücken. Es würde weniger gespart und mehr investiert. Das Problem wäre gelöst.

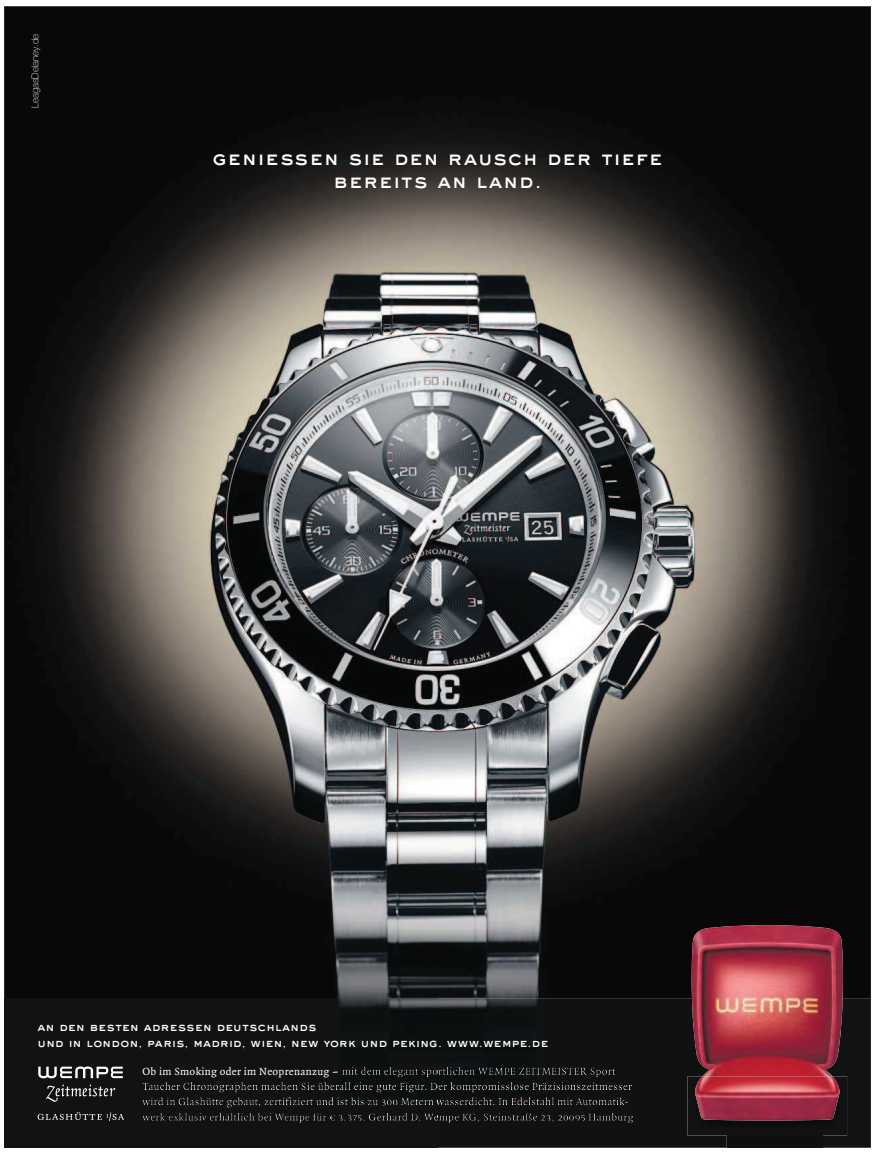
Vorstellbar wäre auch, dass der Staat das überschüssige Geld ausgibt. Diese Lösung hatte in den fünfziger Jahren der Ökonom Paul Samuelson – ein Schüler Hansens – vorgeschlagen. Samuelsons Überlegung: In normalen Zeiten mag es problematisch sein, wenn sich der Staat viel Geld leiht, um zu investieren – denn dann bleibt weniger Geld für die Unternehmen. Weil die aber ohnehin nicht investieren wollen, nutzt der Staat lediglich Gelder, die sonst auf den Bankkonten herumliegen würden. Die Stagnation wäre abgewendet.

Samuelson war überzeugt, dass die Gesellschaft von öffentlichen Investitionen profitieren würde. Und weil das Geld wegen des Überangebots an Ersparnissen billig wäre, würde es sich für die Regierung rechnen, sich dafür zu verschulden. Er schlug vor, Berge abzutragen, damit die Züge schneller fahren können. Aus heutiger Sicht wäre zum Beispiel die Finanzierung einer umfassenden Energiewende zum Schutz des Klimas denkbar.

Mit der These von der immerwährenden Stagnation lassen sich also schuldenfinanzierte Investitionsprogramme begründen – und hierin liegt ihre politische Brisanz. Denn viele Staaten fahren angesichts knapper Kassen ihre Investitionen zurück.

Die Bundesregierung setzt sich auf europäischer und internationaler Ebene sogar dafür ein, die Kreditaufnahme zu begrenzen – und argumentiert, dass das Wachstum nur zurückkehrt, wenn Strukturreformen umgesetzt werden. Länder wie Spanien seien nach dem Platzen der Immobilienblase wirtschaftlich nicht mehr so leistungsfähig wie früher. So seien zu viele Arbeitskräfte im Bausektor ausgebildet worden, die umlernen und neue Jobs finden müssten. Das brauche Zeit und fällt leichter, wenn der Arbeitsmarkt flexibel ist.

Kein Wunder also, dass man in Berlin argwöhnt, es handle sich um eine neue Finte der Amerikaner, mit der die Deutschen zum Geldausgeben gedrängt werden sollen. So geht es in der Stagnationsdebatte auch um die richtige Krisenanalyse: Summers will vor allem die Nachfrage ankurbeln, seine Kritiker wollen vor allem reformieren.

Auch im Japan der neunziger Jahre wurde dieser Streit geführt. Am Ende ist nichts von beidem in ausreichendem Umfang geschehen. Vielleicht ist das das größte Risiko für die Weltwirtschaft.

Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/wirtschaftswachstum